

Thema der Woche

Brexit: Wie geht es weiter?

In Kürze

Konsultation zu „kooperativen intelligenten Transport-Systemen (C-ITS)“
Rat bestätigt Trilogieeinigung zur betrieblichen Altersvorsorge
Neue Anti-Folter Verordnung bringt Änderungen bei Exportkontrolle

Neues aus der Kommission

REFIT-Plattform übergibt erste Empfehlungen für einfachere Regelungen
Neues Bürgschaftsprogramm für mehr KMU-Förderung in der Kreativwirtschaft

Neues aus dem Rat

Regeln zur umsatzsteuerlichen Behandlung von Gutscheinen verabschiedet

Neues aus dem Europäischen Parlament

Mehrjähriger Finanzrahmen: Haushaltsausschuss für umfassende Revision

Neues aus anderen Bereichen

Wirtschaft Digital: WKÖ legt Vorschläge für zukunftsfitten Wirtschaftsstandort vor
Aufregung um Unterzeichnung des EU-Kanada Abkommens

Neues aus den Verbänden

EU Sozialpartner: Vereinbarung mit Kommission und Rat zur Vertiefung des Sozialen Dialogs

Statistik der Woche

Beschäftigungsbericht: Rückgang der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit

Jobs+Jobs+Jobs

EU-Büro der WKÖ sucht eine Assistentin / einen Assistenten
Single Resolution Board sucht ICT Assistent

Veranstaltungen

„Dienstleistungsexport im Binnenmarkt - Hindernisse beseitigen, Durchblick für Unternehmen schaffen“, am 14. Juli in Brüssel

EU-Agenda

EU-Kommission: 2176. Sitzung am 5. Juli 2016

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Parlament: Ausgewählte Themen des Plenums der kommenden Woche

EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenberg 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Brexit: Wie geht es weiter?

Auch diese Woche gab es in Brüssel nur ein Thema: Brexit - Großbritanniens Entscheidung, die Europäische Union zu verlassen. Die Spitzen der EU-Institutionen und die Staats- und Regierungschefs waren sehr deutlich: Es gibt kein Zurück für Großbritannien - der zweite Tag des **Gipfeltreffens** der Staats- und Regierungschefs fand bereits ohne den britischen Premier David Cameron statt. Am 16. September kommen die 27 Staatschefs erneut zusammen, um über die Zukunft der Europäischen Union - ohne Großbritannien - zu beraten. Während die britische Regierung - nach dem offenbar auch für sie überraschenden Votum für den Brexit - auf Zeit spielt und den Austrittsprozess erst im Oktober starten möchte, fordern die EU-Spitzen, die Entscheidung des britischen Volkes so schnell wie möglich umzusetzen. In einer **Erklärung** forderten die 27 Staats- und Regierungschefs sowie die Präsidenten von Kommission und Parlament das Vereinigte Königreich auf, den Austritt zu beantragen, damit die Verhandlungen rasch beginnen können.

Derzeit ist völlig offen, wie das künftige Verhältnis zwischen der Europäischen Union und dem Vereinigten Königreich aussehen soll. Auch wenn Großbritannien bald kein Mitglied der EU mehr sein sollte, muss es der EU als wichtiger Partner erhalten bleiben. Das Vereinigte Königreich ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der EU. Der EU-Binnenmarkt wird sich mit dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs um 17,6% verkleinern. Neben den Modalitäten des Verlassens der Gemeinschaft muss gleichzeitig eine weitere Basis der Zusammenarbeit diskutiert werden. Möglich wäre z.B. eine EFTA-/EWR-Mitgliedschaft nach dem Beispiel Norwegens: Das Vereinigte Königreich hätte dann einen beträchtlichen, aber nicht vollständigen Zugang zum Binnenmarkt. Norwegen leistet Beitragszahlungen an die EU und unterliegt einem Großteil der EU-Gesetze, ist aber nicht am EU-Gesetzgebungsprozess beteiligt und hat keine Stimme in den EU-Institutionen. Die Schweiz hat zahlreiche sektorielle, bilaterale Abkommen mit der EU geschlossen. Möglich sind auch Freihandelsabkommen oder eine einfache Zollunion nach dem Beispiel Türkei (siehe auch **Factsheet** zum EU-Referendum).

Vielen Briten wurde nun, wo sie sich bereits auf dem Weg hinaus aus der Europäischen Union befinden, erst bewusst, welche Vorteile ihnen die Mitgliedschaft eingebracht hat. Zahlreiche Brexit-Befürworter gaben diese Woche an, bei einer nochmaligen Abstimmung für ein Bremain, also das Verbleiben in der Union, stimmen zu wollen - diese wird es aber nicht geben. Nun muss der Brexit genutzt werden, um den Bürgern Europas die konkreten Vorteile der Union vor Augen zu führen. Die Briten brauchen in Zukunft wieder Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen für die 27 EU-Staaten, können nicht mehr an Forschungs- und Bildungsprogrammen teilnehmen. Unternehmer profitieren nicht mehr von der europäischen CE Kennzeichnung und dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung. Es gibt keine automatische Anerkennung von Standards, Normen, Prüfzertifikaten und Diplomen mehr. Bewilligungs- und Registrierungspflichten werden wieder eingeführt. Diese konkreten Vorteile werden viel zu wenig kommuniziert und sind nicht nur den meisten Briten nicht bekannt bzw. ist vielen nicht bewusst, dass sie viele Annehmlichkeiten ihres täglichen Lebens der EU zu verdanken zu haben. Natürlich ist die Europäische Union nicht perfekt und viele Kritikpunkte sind durchaus berechtigt, z.B. überbordende Bürokratie, die besonders die kleineren Unternehmen trifft. Nun ist auch der Zeitpunkt, diese Kritikpunkte anzugehen und als gestärkte und geeinte Union aus dieser Krise hervorzugehen.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Inhaltsverzeichnis

Konsultation zu „kooperativen intelligenten Transport-Systemen (C-ITS)“

„Kooperative intelligente Transport-Systeme (C-ITS)“ sammeln und verarbeiten Daten aus unterschiedlichen Quellen (z.B. Fahrzeugen, Sensoren) und senden diese zurück an die Verkehrsteilnehmer, sodass diese optimale Entscheidungen treffen (z.B. automatisches Bremsverhalten oder Umfahrung von angezeigten Staus). Diese neuen Technologien können direkt dazu beitragen, wichtige Ziele der EU, wie die Reduktion der Zahl der Verkehrstoten oder die Dekarbonisierung des Verkehrssektors, zu erreichen. Aktuell sammelt die Kommission Informationen darüber, ob bzw. wie der interoperable Ausbau von C-ITS auf EU-Ebene beschleunigt werden könnte. Die Ergebnisse der Konsultation werden bei der Erstellung des „C-ITS Master Plans“ berücksichtigt, welcher im zweiten Halbjahr 2016 veröffentlicht werden soll. Behörden, (Transport-)Unternehmen, Informationsdienstleister, NGOs, Wissenschaftler und Bürger können den entsprechenden [Onlinefragebogen](#) bis 16.9.2016 ausfüllen. Die Wirtschaft hat großes Interesse daran, Verkehrsflüsse effizienter zu gestalten, weshalb die WKÖ ihre Erfahrungen in den Konsultationsprozess einbringen wird.

Rat bestätigt Trilogieinigung zur betrieblichen Altersvorsorge

Am 30. Juni bestätigten die EU-Botschafter die zuvor mit dem Parlament akkordierte Richtlinie zu Einrichtungen zur betrieblichen Altersvorsorge (IORP). Die überarbeitete Richtlinie zielt darauf ab, die Entwicklung von IORP zu fördern und gleichzeitig den Schutz ihrer Mitglieder und Begünstigten zu verbessern. Dies soll die **Verbesserung der Verwaltung und Transparenz** sicherstellen. Durch die Richtlinie soll auch für mehr Rechtssicherheit bei grenzüberschreitenden Tätigkeiten von IORPs gesorgt werden. Die WKÖ begrüßt grundsätzlich die Intention, die zweite Säule der Pensionsvorsorge zu stärken, da diese aufgrund der demographischen Entwicklung zur Absicherung des Lebensstandards im Alter von großer Bedeutung ist. Wichtig ist dabei aber, dass die durch die Richtlinie geschaffenen Anforderungen nicht dazu führen, dass kleinere Einrichtungen überfordert werden.

Neue Anti-Folter Verordnung bringt Änderungen bei Exportkontrolle

Nachdem sich Rat und Parlament im Rahmen der Trilogverhandlung am 24. Mai einigen konnten, wurde das Verhandlungsergebnis zur Änderung der Verordnung betreffend den Handel mit zur Folter geeigneten Gütern am 30. Juni durch die EU-Botschafter bestätigt. Die Verordnung unterscheidet zwischen zwei Arten von Gütern. Die Aus- und Einfuhr jener Güter, die ausschließlich zur Folter oder Vollstreckung der Todesstrafe geeignet sind, wird vollständig untersagt. Jene Güter, die auch einen anderen Verwendungszweck haben (sog. Dual Use-Güter) bedürfen Ausfuhrgenehmigungen. Künftig wird auch die Vermittlung und die Bereitstellung von technischer Unterstützung untersagt, abhängig davon um welche Art von Gütern es sich handelt. Für den Fall, dass neue Güter auf dem Markt auftauchen, wurde auch ein Verfahren zur raschen Erweiterung der von der Verordnung erfassten Güter geschaffen.

Inhaltsverzeichnis

Neues aus der Kommission

REFIT-Plattform übergibt erste Empfehlungen für einfachere Regelungen

Kommissions-Vizepräsident Frans Timmermans hat diese Woche zum Abschluss der zweiten Sitzung der **REFIT-Plattform** die **ersten 18 Empfehlungen der Plattform-Mitglieder** entgegengenommen. Diese enthalten Vorschläge, wie **EU-Regeln vereinfacht und unnötiger Verwaltungsaufwand abgebaut werden können**. Die REFIT-Plattform versammelt 48 Sachverständige aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Sozialpartnern, Wirtschafts- und Sozialausschuss, Ausschuss der Regionen und der Mitgliedstaaten. Die Arbeit stützt sich auf die Beiträge ihrer Mitglieder sowie auf die Anregungen der Öffentlichkeit über das Online-**Portal** „Lighten the Load“.

Die **WKÖ-Forderungen** für eine **schnelle und effiziente Entlastung von KMU mit ganz konkreten Beispielen** für Lösungsansätze wurden bereits der **REFIT-Plattform** der Europäischen Kommission übermittelt. Die **Vorschläge der WKÖ wurden im Rahmen der Plattform diskutiert**. Nun ist es an der Kommission, diese schnellstmöglich aufzugreifen und umzusetzen. Bei den WKÖ-Vorschlägen handelt es sich keineswegs um die Rücknahme ganzer Richtlinien oder eine generelle Deregulierung, sondern um ganz konkrete Beispiele aus der Praxis, die oft mit einer **geringfügigen Änderung des Rechtstextes große Schwierigkeiten lösen könnten**.

Ansprechpartnerin: **Verena Martelanz**

Inhaltsverzeichnis

Neues Bürgschaftsprogramm für mehr KMU-Förderung in der Kreativwirtschaft

Am Donnerstag haben die **Europäische Kommission** und der **Europäische Investitionsfonds (EIF)** ein **121 Millionen Euro schweres Bürgschaftsprogramm** aufgelegt, um es Finanzinstituten zu erleichtern, kleine und mittlere Unternehmen im **Kultur- und Kreativsektor zu unterstützen**. **Geschäfts- und Privatkundenbanken, Förderbanken und andere Finanzmittler können die kostenlosen Bürgschaften des EIF in Anspruch nehmen**. **Zielsetzung ist es, KMU mehr Kredite zu gewähren**. Dies zum Beispiel im audiovisuellen Bereich (Film, Fernsehen, Trickfilm, Videospiele und Multimedia) aber auch auf den Gebieten Festivals, Musik, Literatur, Architektur, Archive, Bibliotheken und Museen, Kunsthandwerk, Kulturerbe, Design, darstellende Kunst, Verlagswesen, Hörfunk und bildende Kunst.

Das **Förderinstrument** wird aus dem EU-Programm **Kreatives Europa** finanziert und vom EIF im Namen der Europäischen Kommission verwaltet. In den kommenden Tagen wird der EIF eine **Aufforderung zur Interessenbekundung veröffentlichen**, auf die sich die in Frage kommenden Finanzinstitute bewerben können. Nach Schätzungen der Kommission könnten europäische KMU theoretisch schon ab Ende dieses Jahres von dem Programm profitieren.

Die **Kreativwirtschaft hat wie kaum ein anderer Bereich in den letzten Jahren als Wirtschafts- und Wettbewerbsfaktor** innerhalb der Europäischen Union und Österreich **an Bedeutung gewonnen**. In Österreich vertritt die **Kreativwirtschaft Austria (KAT)** als Teil der Wirtschaftskammer die Interessen der Kreativwirtschaft in Österreich und gegenüber der Europäischen Union und setzt sich für die Sichtbarkeit kreativwirtschaftsbasierter Leistungen ein. Zudem bietet die KAT umfangreiche Serviceleistungen für den wirtschaftlichen Erfolg der Kreativen und ihre branchenübergreifende Vernetzung. **Das Bürgschaftsprogramm**

kann nach Ansicht der WKÖ dabei helfen, eines der größten Wachstumshemmnisse in der Kreativwirtschaft zu adressieren: Mangelnde Finanzierung.

Ansprechpartner: Martin Schmid

Neues aus dem Rat

Regeln zur umsatzsteuerlichen Behandlung von Gutscheinen verabschiedet

Am 27. Juni verabschiedete der Rat die bereits seit mehreren Jahren auf dem Tisch liegende Richtlinie zur mehrwertsteuerlichen Behandlung von Gutscheinen, mit der die Mehrwertsteuersystemrichtlinie geändert wird. **Bisher gab es auf europäischer Ebene abseits der Rechtsprechung des EuGH keine Anhaltspunkte zur Frage, zu welchem Zeitpunkt Umsätze mit Gutscheinen besteuert werden.** Aufgrund der zunehmenden grenzüberschreitenden Verwendung von Gutscheinen konnten es zu Doppelbesteuerung oder Nichtbesteuerung kommen.

Die Besteuerung von Gutscheinen soll entsprechend der Richtlinie künftig daran anknüpfen, ob es sich um einen sogenannten „**Einzweck-Gutschein**“ oder „**Mehrzweck-Gutschein**“ handelt. Bei „Einzweck-Gutscheinen“ ist der Erbringungsort und die auf die geschuldeten Waren oder Dienstleistungen entfallende Umsatzsteuer zum Zeitpunkt der Ausstellung des Gutscheins bereits bekannt (z.B. Gutschein lautend auf ein konkretes Produkt). Bei „Mehrzweck-Gutscheinen“ ist dies nicht der Fall. Wird nun ein „Einzweck-Gutschein“ von einer steuerpflichtigen an eine andere steuerpflichtige Person **übertragen**, wird dies mit der **umsatzsteuerpflichtigen Lieferung bzw. Erbringung der in dem Gutschein genannten Waren oder Dienstleistungen gleichgesetzt**. Anders verhält sich dies bei „Mehrzweck-Gutscheinen“. Hier löst erst die **tatsächliche Lieferung bzw. Erbringung der Waren oder Dienstleistungen die Umsatzsteuerpflicht aus**. Alle vorangegangenen Übertragungen werden somit nicht besteuert.

Die nunmehr geschaffenen Regeln sollen lediglich für Gutscheine gelten, die nach dem 31. Dezember 2017 ausgegeben werden. Einen Überblick über die derzeit in Österreich bestehende Rechtslage findet sich auf der Website der WKÖ.

Ansprechpartner: Herwig Wutscher

Inhaltsverzeichnis

Neues aus dem Europäischen Parlament

Mehrjähriger Finanzrahmen: Haushaltsausschuss für umfassende Revision

Am Mittwoch stimmte der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments über den Entwurf eines Berichts über die Vorbereitung der Überarbeitung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2014 bis 2020 ab. Nach Ansicht des Haushaltsausschusses sollte die für 2016 vorgesehene **Halbzeitüberarbeitung des MFR**

unter anderem eine Reihe von ernsthaften Krisensituationen sowie neuer Initiativen und deren Auswirkungen auf das EU-Budget Rechnung tragen. In diesem Zusammenhang nennt der von Berichterstatter Jan Olbrycht erstellte Bericht beispielsweise die Migrations- und Flüchtlingskrise, externe Notfälle, interne Sicherheitsprobleme, die Krise in der Landwirtschaft, die Finanzierung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit insbesondere unter Jugendlichen und die Zahlungskrise im EU-Haushalt. Zur Finanzierung des zusätzlichen dringenden Bedarfs seien daher ein Rückgriff auf die Flexibilitätsmechanismen des MFR und spezielle Instrumente notwendig, da sich die MFR-Obergrenzen in einigen Rubriken als zu niedrig erwiesen hätten.

Schließlich spricht sich der Haushaltsausschuss dafür aus, die derzeit siebenjährige Laufzeit des MFR an den politischen Zyklus sowohl des Parlaments als auch der Kommission von fünf Jahren anzupassen, sodass die Wahlen zum Europäischen Parlament ein Forum zur Debatte künftiger Finanzierungsprioritäten sein können. Für die Bereiche Kohäsionspolitik und Ländliche Entwicklung sollten jedoch aufgrund der speziellen Implementierungsverfahren der einschlägigen Programme ein Zeitraum von 5+5 Jahren mit einer obligatorischen Halbzeitüberarbeitung vorgesehen werden. Die Abstimmung des Berichts im Plenum wird voraussichtlich am 7. Juli 2016 stattfinden.

Die Wirtschaftskammer Österreich begrüßt insbesondere, dass der EU-Haushalt regelmäßig Investitionen in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung finanziert, von denen auch KMU im Rahmen verschiedener EU-Förderprogramme profitieren.

Ansprechpartner: Martin Schmid

Inhaltsverzeichnis



Wirtschaft Digital: WKÖ legt Vorschläge für zukunftsfitten Wirtschaftsstandort vor

Österreich hat in Sachen Digitalisierung großes Potential. Allerdings sind bestimmte Maßnahmen und Rahmenbedingungen notwendig, um dieses Potential auch entsprechend ausschöpfen zu können. Geleitet von dieser Überzeugung haben die Wirtschaftskammern Österreichs ein neues Papier mit Vorschlägen, wie Österreich in Sachen Digitalisierung zukunftsfitt werden und bleiben kann, ausgearbeitet.

Als zentrale Elemente zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich sehen die Wirtschaftskammern

- die Stärkung digitaler Kompetenzen,
- die Forcierung des Breitbandausbaus in Österreich,
- die Schaffung von mehr Chancengleichheit im digitalen Wettbewerb,
- die Fokussierung auf F&E-Aktivitäten,
- die Flexibilisierung im Arbeitsrecht sowie
- zeitgemäße Finanzierungsoptionen.

Das Papier „Wirtschaft Digital. Maßnahmen für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort“ sieht sich begleitend und ergänzend zur „Digital Roadmap Austria“ der österreichischen Bundesregierung, zum Projekt „Digitaler Wandel und Politik“ des Bundesrates sowie zur „Strategie für einen digitalen Binnenmarkt für Europa“ der Europäischen Kommission.

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Aufregung um Unterzeichnung des EU-Kanada Abkommens

Beim dieswöchigen Treffen der Staats- und Regierungschefs in Brüssel beherrschte neben dem EU-Austritt Großbritanniens insbesondere auch das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (**CETA**) die Tagesordnung. So ließ die **Kommission** damit aufhorchen, dass sie jedenfalls der **Ansicht sei, dass das Abkommen in die ausschließliche Zuständigkeit der EU falle**. Dies würde bedeuten, dass eine Ratifikation lediglich durch Rat und Europäisches Parlament und nicht durch die nationalen Parlamente erfolgen muss, um das Abkommen in Kraft zu setzen. Die meisten **Mitgliedstaaten** haben aber bisher die Auffassung vertreten, dass es sich um ein **gemischtes Abkommen** handle. Ein solches liegt dann vor, wenn ein Abkommen auch Politikbereiche erfasst, die nach wie vor in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten liegen. Die Abgrenzung fällt freilich schwer. So wurde etwa hinsichtlich der in EU-Abkommen regelmäßig enthaltenen Investitionsschutzkapitel die Ansicht vertreten, dass diese nicht vollinhaltlich in die ausschließliche Zuständigkeit der EU im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik fallen, wobei auch Gegenargumente ins Treffen geführt werden können. Die Frage nach der Kompetenzverteilung ist daher seit Bestehen des Vertrags von Lissabon zwischen Rat und Kommission umstritten. Mehr Klarheit sollte das Gutachten des EuGH zum mit Singapur geschlossene Freihandelsabkommen bringen, mit dem allerdings nicht vor dem Jahr 2017 zu rechnen ist.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Rat und Kommission sind gerade jetzt hochgekocht, da die **Kommission voraussichtlich am 5. Juli einen Vorschlag zur Unterzeichnung und vorläufigen Anwendung des Abkommens mit Kanada vorlegen möchte**. In diesem Zusammenhang muss auch entschieden werden, ob dieses Abkommen gemischt ist. Diese Einstufung ist insofern relevant, als im Falle eines gemischten Abkommens vor seinem endgültigen Inkrafttreten auch die Zustimmung der nationalen Parlamente der EU Mitgliedstaaten nötig ist.

Aus Sicht der WKÖ ist es wichtig, dass an der etablierten völkerrechtlichen Praxis der vorläufigen Anwendung von Freihandelsabkommen festgehalten wird. Wie das Beispiel des mit Südkorea abgeschlossenen Abkommens zeigt, können vom Zeitpunkt der Unterzeichnung bis zur Ratifikation durch alle Mitgliedstaaten viele Jahre vergehen. Die **vorläufige Anwendung macht es möglich, dass die Wirtschaft abseits von Formalerfordernissen rasch von den Vorteilen des Abkommens profitieren kann**.

Ansprechpartner: **Herwig Wutscher**

Inhaltsverzeichnis



EU Sozialpartner: Vereinbarung mit Kommission und Rat zur Vertiefung des Sozialen Dialogs

Rund ein Jahr nachdem Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zu einer Konferenz zum „**Neustart des Sozialen Dialogs in der EU**“ geladen hatte und nach intensiven Verhandlungen unterzeichneten diese Woche die vier EU Sozialpartner (UEAPME, BUSINESSEUROPE, CEEP und EGB), die EU-Kommission und die Ratspräsidentschaft eine **Vereinbarung** zur Vertiefung des Sozialen Dialogs in Europa. **Die zentralen Themen sind eine bessere Einbindung der Sozialpartner in die Gestaltung der Sozial- und Wirtschaftspolitik auf europäischer und nationaler Ebene (Europäisches Semester) sowie eine systematische Konsultation der**

Sozialpartner durch die EU-Kommission zu allen relevanten Politiken. In der Vereinbarung erklärt der Rat der Sozial- und Arbeitsminister seine Bereitschaft, die Systeme für unabhängige nationale Lohnverhandlungen zu verbessern und in allen Ländern Raum für bilaterale Abkommen zu schaffen.

Über **UEAPME**, dem europäischen Arbeitgeberverband für **KMU und Handwerksbetriebe**, ist auch die **Wirtschaftskammer Österreich auf europäischer Ebene in diesen Prozess eingebunden**. UEAPME Generalsekretär Peter Faross bezeichnete die Vier-Parteien-Vereinbarung als historischen Moment für den EU Sozialdialog. Im Rahmen der **Unterschriftszeremonie** verwies er aber darauf, dass - insbesondere in den neuen Mitgliedsstaaten - ein stärkeres Engagement der Sozialpartner eine Stärkung der Sozialpartnerorganisationen zur Voraussetzung hat.

Ansprechpartner: **Gerhard Huemer**

Inhaltsverzeichnis



Beschäftigungsbericht: Rückgang der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit

In ihrem aktuellen Quartalsbericht zur Beschäftigungssituation und sozialen Lage (ESSQR) konnte die Europäische Kommission insgesamt **3 Millionen mehr Beschäftigte** im EU-Raum im Vergleich zum Vorjahr und eine **gesunkene Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit** vermerken. Verbesserungsbedarf ortet die Kommission u.a. in folgendem Punkt: Für **inaktive junge Menschen**, die weder eine Arbeit haben, noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren und auch nicht aktiv nach einer Beschäftigung suchen, sei weder auf EU-Ebene noch auf Ebene der Mitgliedsstaaten eine Verbesserung zu beobachten.

Positiv festzuhalten ist laut Beschäftigungsbericht: Die **Langzeitarbeitslosenrate** ist um **0,6 Prozent zurückgegangen** und beläuft sich **nunmehr auf 4,3 Prozent der Erwerbsbevölkerung**. Hiermit wird der **größte Rückgang seit 2014 verzeichnet**. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist so aktuell sogar stärker im Sinken begriffen, als die Zahl derjenigen, die weniger als zwei Jahre ohne Beschäftigung waren. In **Österreich** ist die grundsätzlich niedrige Langzeitarbeitslosenrate im Vorjahr allerdings **leicht gestiegen (um 0,3 Prozent)** und liegt **jetzt bei 1,8 Prozent**.

Eine ähnliche Entwicklung lässt sich im Bereich der **Jugendarbeitslosigkeit** feststellen. Zu einer kontinuierlichen **Verbesserung** kam es dabei insbesondere in **jenen EU-Mitgliedsstaaten, die von der Wirtschaftskrise stark tangiert** waren. So ist die Jugendarbeitslosenrate z.B. in Spanien von 55,9 Prozent im April 2013 auf 44,8 Prozent im April 2016 gefallen. Am **österreichischen Arbeitsmarkt (10,6 Prozent Jugendarbeitslosigkeit)** ist die **Lage weiterhin angespannt** und es gilt dem **Bedürfnis nach investitions- und beschäftigungsfördernden Maßnahmen** gerecht zu werden, sodass Österreichs Unternehmen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können.

Ansprechpartnerin: **Stefanie Rieder**

Inhaltsverzeichnis

EU-Büro der WKÖ sucht eine Assistentin / einen Assistenten

Sie arbeiten gerne in einem jungen, motivierten Team und suchen eine neue Herausforderung?
Das EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich in Brüssel sucht per Ende August 2016

eine Assistentin / einen Assistenten (Vollzeit)

Der abwechslungsreiche Aufgabenbereich umfasst allgemeine Sekretariatsaufgaben, die Organisation von Sitzungen, Veranstaltungen und Besuchsprogrammen, Dokumenten- und Datenmanagement, Aussendung unserer Newsletter, Terminkoordination und Reiseorganisation. Die Tätigkeit erfordert hohe Kunden- und Serviceorientierung, Teamgeist, Organisationstalent, Verlässlichkeit und Genauigkeit, Kommunikationsfähigkeit, Belastbarkeit, Flexibilität und ausgezeichnete Umgangsformen.

Wenn Sie eine höhere kaufmännische Schule (HAK, HBLA etc.) oder eine vergleichbare Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, über ausgezeichnete Deutschkenntnisse, sehr gute Englisch- und gute Französischkenntnisse in Wort und Schrift verfügen, sehr gute PC-Anwenderkenntnisse (MS-Office, Datenmanagement) und Interesse an europäischen Themen haben, bewerben Sie sich bei uns. Berufserfahrung ist von Vorteil.

Sie werden direkt vom Leiter des EU-Büros der WKÖ beschäftigt (Sur-Place Personal), es entsteht kein Dienstverhältnis mit der WKÖ.

Schriftliche Bewerbungen bitte bis 15. Juli 2016 an das:

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich

Avenue de Cortenbergh 30, 1040 Brüssel

E-Mail: eu@eu.austria.be

Single Resolution Board sucht ICT Assistant

Die Europäische Abwicklungsbehörde für die neu geschaffene Bankenunion (SRB) sucht:

ICT Assistant

Temporary Agent, Grade: AST 4

Reference: SRB/AST/2016/005

Bewerbungen sind bis zum 27. Juli 2016 möglich, weitere Informationen sind [online](#) abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

Veranstaltungen

„Dienstleistungsexport im Binnenmarkt - Hindernisse beseitigen, Durchblick für Unternehmen schaffen“, am 14. Juli in Brüssel

Der Binnenmarkt - ein grenzenloses Europa für Unternehmen? Nicht ganz, denn Unternehmen stoßen bei der Erbringung von Dienstleistungen in anderen Mitgliedstaaten immer noch auf viele Hindernisse. Die Konsultation zum Dienstleistungspass zeigt aber, dass die Europäische Kommission sich dieser Problematik annehmen möchte.

Die bayerischen Industrie- und Handelskammern (BIHK) arbeiten das Thema derzeit in einer Studie zum Dienstleistungsexport in der EU auf, basierend auf einer Befragung bayerischer Unternehmen, die grenzüberschreitende Dienstleistungen im Binnenmarkt erbringen. Auch die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) unterstützt ihre Mitgliedsbetriebe durch konkrete Maßnahmen bei der Überwindung von Binnenmarktproblemen.

Welche Erfahrungen machen Unternehmen in der Praxis? Auf welche Hürden treffen sie beim Eintritt in neue EU-Märkte? Wie können Politik und Wirtschaftsorganisationen diese Hindernisse reduzieren? Vertreter der bayerischen und österreichischen Wirtschaft laden Sie herzlich zur Podiumsdiskussion **„Dienstleistungsexport im Binnenmarkt - Hindernisse beseitigen, Durchblick für Unternehmen schaffen“** am 14. Juli 2016, ab 11.30 Uhr in die Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union in Brüssel ein. Die Veranstaltung wird von den bayerischen IHKs sowie dem EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich und dem Enterprise Europe Network (EEN) in Bayern und Österreich in Kooperation mit der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU ausgerichtet. Anmeldung per **E-Mail**.

Ansprechpartner: **Karoline Daxböck**

Inhaltsverzeichnis

EU-Agenda

Sitzung der Europäischen Kommission

Voraussichtliche Themen der 2176. Sitzung am 5. Juli 2016

Politikkoordination/ Haushalt

Jahresbericht 2015 zum EU-Budget

Politikkoordination/ Digitaler Binnenmarkt/ Justiz und Verbraucher

Entscheidung zum Datenschutz EU-USA

Politikkoordination/ Steuern und Zollunion/ Justiz und Verbraucher

Mitteilung über die steuerliche Transparenz bei der Bekämpfung von Betrug und Steuerhinterziehung

Vorschlag für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/849 über die Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche oder der Terrorismusfinanzierung und zur Änderung der Richtlinie 2009/101 / EG

Auswärtige Angelegenheiten, Sicherheitspolitik / Europäische Nachbarschaftspolitik, Erweiterung / Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

Mitteilung: Elemente für die Schaffung eines strategischen Rahmens zur Unterstützung der Reform des Sicherheitssektors

Euro und Sozialer Dialog

Steuersituation in Spanien und Portugal

Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen / Handel

Vorschlag über den Abschluss eines umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Union

Inhaltsverzeichnis

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

4. Juli Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

Nutzung des Frequenzbands 470-790 MHz in der Union

Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Abkommen und nicht verbindliche Instrumente zwischen Mitgliedstaaten und Drittländern im Energiebereich und zur Aufhebung des Beschlusses Nr. 994/2012/EU

4. Juli Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (Georgien)

4. Juli Untersuchungsausschuss zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie

Ausschuss tagt.

7. Juli Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie Liste der Drittländer, deren

Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (Überarbeitung des Mechanismus zur Aussetzung der Visumbefreiung)

Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2017 - alle Einzelpläne

Inhaltsverzeichnis

Themen des Plenums des Europäischen Parlaments

4. Juli

Emissionsgrenzwerte für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte

Flüchtlinge - soziale Inklusion und Integration in den Arbeitsmarkt

Sozial- und Umweltnormen, Menschenrechte und soziale Verantwortung von Unternehmen

Eine auf die Zukunft ausgerichtete innovative Strategie für Handel und Investitionen

5. Juli

Aktuelle Entwicklungen in Polen und ihre Auswirkungen auf die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankerten Grundrechte

Angenommener Beschluss über das Reformpaket II zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem

Hohes gemeinsames Sicherheitsniveau von Netz- und Informationssystemen in der Union

Synergien zwischen den Strukturfonds und Horizont 2020

6. Juli

Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 2: Überschuss des Jahres 2015

Vorbereitung der Überarbeitung des MFR 2014-2020 nach der Wahl: Beitrag des Parlaments im Vorfeld des Kommissionsvorschlags

Gesundheitsbezogene Angaben auf Lebensmitteln - Koffein

7. Juli

Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Nichttarifäre Handelshemmnisse für Lebensmittelexporteure im EU-Binnenmarkt

Tagungen des Rates

12. Juli

Wirtschaft und Finanzen

Bekämpfung der Geldwäsche

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie (EU) 2015/849 zur Verhinderung der Nutzung des Finanzsystems zum Zwecke der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung

Sonstiges

Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge im Bereich der Finanzdienstleistungen
= Informationen des Vorsitzes

Vorstellung des Arbeitsprogramms des slowakischen Vorsitzes

Verwirklichung der Bankenunion

Europäisches Semester - Länderspezifische Empfehlungen 2016

Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Investitionsoffensive für Europa

Dritte Säule der Investitionsoffensive für Europa - Beratungen zum Thema Investitionshemmnisse

Stand der Fertigstellung der Bankenreformagenda des Basler Ausschusses in Antwort auf die Krise

Mitteilung über weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz und die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

Ausgewählte Fälle der kommenden Woche:

5. Juli

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-321/15
ArcelorMittal Rodange et Schifflange

Entschädigungslose Abgabe nicht genutzter Treibhausgasemissionszertifikate

[Weitere Informationen](#)

7. Juli

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-220/15
Kommission / Deutschland

Ausgewählte laufende Konsultationen

Umwelt:

Öffentliche Konsultation zu möglichen Maßnahmen zur Verbesserung der Umsetzung bestimmter Aspekte der Richtlinie über Altfahrzeuge, unter besonderer Berücksichtigung von Altfahrzeugen mit unbekanntem Verbleib

29.06.2016 - 21.09.2016

Verkehr:

Öffentliche Konsultation zur Initiative der Europäischen Union zu kooperativen intelligenten Verkehrssystemen

24.06.2016 - 16.09.2016

Umwelt, Klimaschutz:

Halbzeitbewertung des LIFE-Programms

17.06.2016 - 09.09.2016

Verkehr:

Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1071/2009 über die Zulassung zum Beruf des Kraftverkehrsunternehmers sowie der Verordnung (EG) Nr. 1072/2009 über den Zugang zum Markt des grenzüberschreitenden Güterkraftverkehrs

15.06.2016 - 15.09.2016

Bank- und Finanzwesen:

Evaluierung der Richtlinie über Finanzkonglomerate

09.06.2016 - 20.09.2016

Handel:

Öffentliche Konsultation zu einer eventuellen Aktualisierung der Handelsbestimmungen des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Chile

09.06.2016 - 31.08.2016

Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft:

Öffentliche Konsultation zur Sicherheit von Apps und anderer nicht eingebetteter Software, die nicht unter sektorale Rechtsvorschriften (etwa für Medizinprodukte oder Funkanlagen) fällt

09.06.2016 - 15.09.2016

Verkehr:

Ex-post-Evaluierung der Leistungs- und Gebührenregelungen für den einheitlichen europäischen Luftraum

07.06.2016 - 04.09.2016

Inhaltsverzeichnis

Unternehmen, Binnenmarkt:

Öffentliche Konsultation zur möglichen Überarbeitung der Verordnung zur gegenseitigen Anerkennung (EG) Nr. 764/2008

07.06.2016 - 30.09.2016

Forschung und Technologie, Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:

Öffentliche Konsultation zum Arbeitsprogramm 2018-2020 für den Themenbereich „Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, marine, maritime und limnologische Forschung und Biowirtschaft“ im Rahmen von Horizont 2020

06.06.2016 - 28.08.2016

Bank- und Finanzwesen:

Wichtigste Hindernisse für den grenzüberschreitenden Vertrieb von Investmentfonds in der EU

02.06.2016 - 02.10.2016

Entwicklung:

UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung - Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik

30.05.2016 - 21.08.2016

Verkehr:

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Verordnung (EU) 913/2010 zur Schaffung eines europäischen Schienennetzes für einen wettbewerbsfähigen Güterverkehr

27.05.2016 - 21.08.2016

Unternehmen, Binnenmarkt:

Konsultation zur Regulierung von Berufen: Verhältnismäßigkeit und nationale Aktionspläne der Mitgliedstaaten

27.05.2016 - 19.08.2016

Beschäftigung und Soziales:

Öffentliche Konsultation im Zusammenhang mit der Halbzeitevaluierung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF)

18.05.2016 - 18.08.2016

Justiz und Grundrechte, Verbraucher:

Öffentliche Konsultation zum Fitness-Check des europäischen Verbraucher- und Marketingrechts

12.05.2016 - 02.09.2016

Innere Angelegenheiten:

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2008-2010

11.05.2016 - 09.08.2016

Inhaltsverzeichnis

Innere Angelegenheiten:

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2007-2010

11.05.2016 - 09.08.2016

Innere Angelegenheiten:

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Europäischer Rückkehrfonds finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2011-2013

10.05.2016 - 09.08.2016

Innere Angelegenheiten:

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Außengrenzenfonds finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2011-2013

10.05.2016 - 09.08.2016

Innere Angelegenheiten:

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2011-2013

10.05.2016 - 09.08.2016

Innere Angelegenheiten:

Öffentliche Konsultation zu den aus dem Europäischen Fonds für die Integration von Drittstaatsangehörigen finanzierten Maßnahmen für den Zeitraum 2011-2013

10.05.2016 - 09.08.2016

Unternehmen, Binnenmarkt:

Öffentliche Konsultation zur Entwicklung einer Weltraumstrategie für Europa

19.04.2016 - 12.07.2016

Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft:

Konsultation in Bezug auf die Evaluierung und Überprüfung der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation

12.04.2016 - 05.07.2016

Forschung und Technologie:

Öffentliche Konsultation zum Arbeitsprogramm „Wissenschaft mit der Gesellschaft und für die Gesellschaft“ 2018-2020 im Rahmen von Horizont 2020

11.04.2016 - 04.07.2016

Binnenmarkt:

Öffentliche Konsultation im Rahmen der Start-up-Initiative

31.03.2016 - 31.07.2016

Beschäftigung und Soziales, Wirtschaft und Finanzen:

Konsultation über eine europäische Säule sozialer Rechte

08.03.2016 - 31.12.2016

Inhaltsverzeichnis